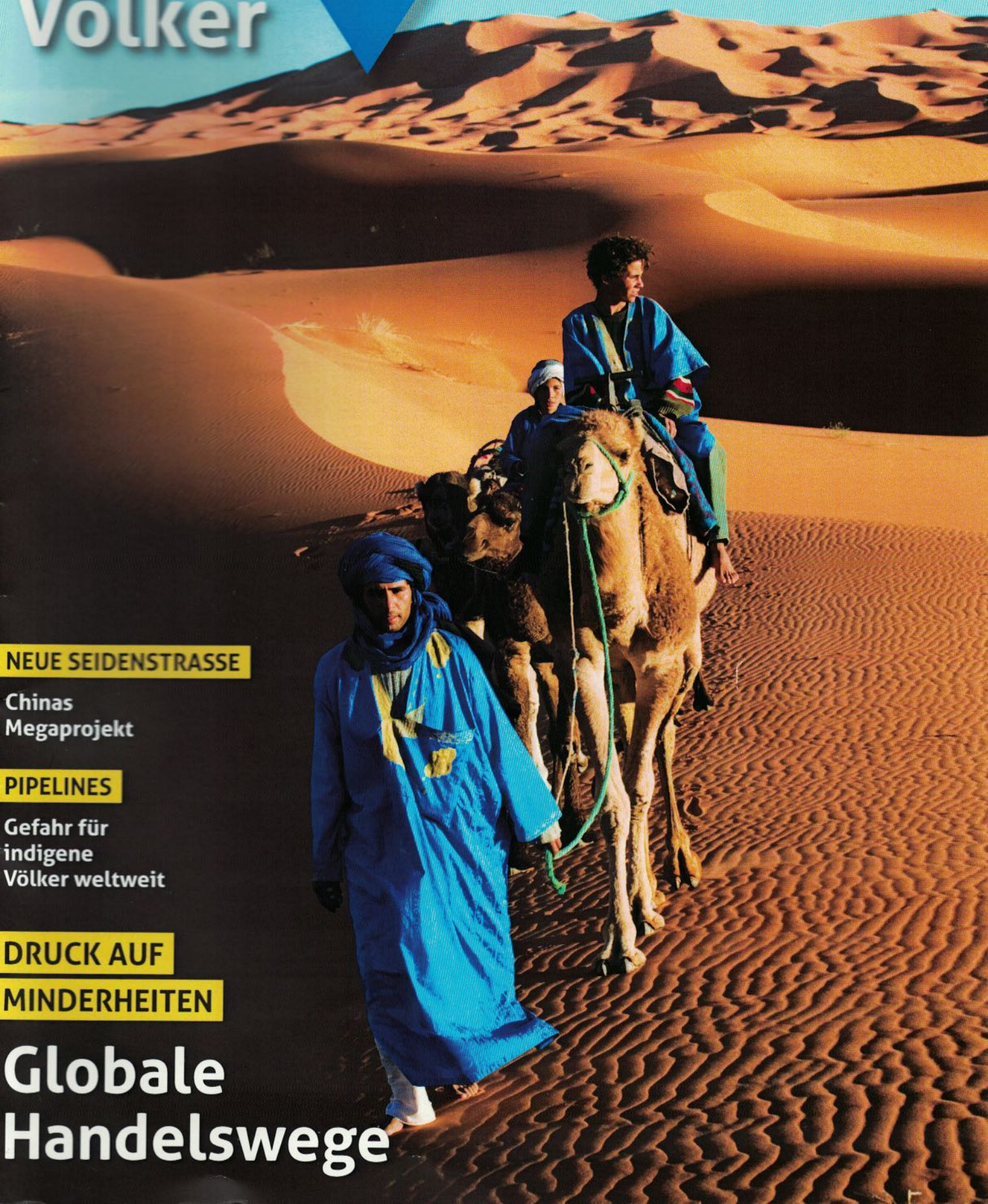


bedrohte Völker



NEUE SEIDENSTRASSE

Chinas
Megaprojekt

PIPELINES

Gefahr für
indigene
Völker weltweit

DRUCK AUF

MINDERHEITEN

Globale Handelswege



Foto: Kyle Taylor/ Flickr © BY 2.0

■ Der Baikalsee grenzt an die Republik Burjatien.

RUSSLAND: BUSINESS GEGEN INDIGENE

Ohne Gewissen zum Profit

Für Kohle, Öl und wertvolle Metalle: Unternehmen setzen sich in Russland über die Rechte indigener Völker hinweg und müssen trotz schwerer Menschenrechtsverletzungen keine Strafen fürchten – die Mächtigen und die Justiz decken sie. Die geförderten Rohstoffe verkauft Russland auch nach Westeuropa. Einige beispielhafte Fälle.

■ VON PAVEL SULJANDZIGA

Es ist schwer, über Ereignisse in Russland zu schreiben, ohne dabei Menschen, die aufrecht und anständig sind, unbeabsichtigt zu schaden. Ich versuche es trotzdem. Denn in Russland ist die Lüge die Norm für das Staatssystem, die Angst die Norm für die Gesellschaft und sind die Rohheit und Ignoranz die wichtigsten Faktoren für den „Wohlstand“ geworden.

Die Menschenrechte Indigener werden in einem solchen Ausmaß verletzt, dass viele indigene Völker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens drohen zu verschwinden.

In meinem Artikel will ich über (einige Fälle von) Verfolgung und Repression berichten, denen Repräsentanten der Indigener in den vergangenen Jahren ausgesetzt waren. Zur Sprache

kommen nur Fälle, die mit Unternehmen und deren Geschäften verbunden sind und die ich persönlich kenne. Die Machthabenden verkaufen Territorien und Ressourcen samt den Indigenen. Die Käufer zeigen Papiere vor, in denen steht, dass alle Jagdreviere, Fischplätze und Rentierweiden ihnen gehören. Die Einheimischen dürfen zwar bleiben, aber nichts, das gefördert, genutzt oder gefangen wird, gehört mehr ihnen. Auf solche Weise werden ganze Völker zu Wilderern und Ausgegrenzten. Geförderte Rohstoffe aus diesen Gebieten verkauft Russland auch nach Europa.

Kohleabbau und das Dorf Kazas

Kazas ist ein schorisches Dorf im Gebiet Kemerowo, Südsibirien. Drei Jahrzehnte lang zerstörten Kohleunternehmen die Lebensräume um den Ort. 2011 nahm ein Tagebau der Aktien- und Kohlegesellschaft UK Juzhnaja seine Aktivitäten auf. 2012 war er so nah am Dorf, dass das Leben in Kazas schier unerträglich wurde: Hausfundamente

Russische Föderation



Foto: Loka_Profil/ Wikipedia © BY-SA 2.5
Bearbeitung: Alexander Becker

platzten auf; nach Detonationsarbeiten in ein bis zwei Kilometern Entfernung gingen gelbe, giftige Wolken auf das Dorf nieder; die Kazasser wurden gezwungen, sich beim Verlassen sowie bei der Einfahrt ins Dorf erniedrigenden Kontrollen seitens des Kohleunternehmens zu unterziehen – wer sich weigerte, dem wurde die Weiterfahrt verwehrt. Der größte Schlag war jedoch die Zerstörung des heiligen Berges „Karagaj-Ljasch“.

Ende 2012 begann das Kohleunternehmen UK Juzhnaja mit Druck und Tricks, Psychoterror und gegenseitigem Auspielen der Schoren, die Häuser und Grundstücke der Kazasser aufzukaufen. Im November 2013 waren nur noch fünf Familien geblieben, die sich weigerten, ihre Häuser und Grundstücke aufzugeben. Der Direktor von UK Juzhnaja traf sie im Dorf Kazas. Dort äußerte er, dass die Häuser, „wenn Sie sie nicht verkaufen, brennen könnten“. Darüber liegen eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und sieben Zeugenaussagen vor. Das erste Haus brannte am 26. November 2013; das zweite am 29. Dezember 2013; die Häuser drei und vier brannten am 15. Januar 2014 und das letzte, fünfte Haus am 5. März 2014. Ein weiteres Haus, das Waisenhaus, wurde von einem Bulldozer der Kohlegesellschaft zerstört. Die fruchtbare Bodenschicht, die Schwarzerde, wurde abgetragen und in unbekannte Richtung abtransportiert.

Am 9. Mai 2014 führten die Brandgeschädigten eine Versammlung durch, gründeten eine Organisation zur Verteidigung ihrer Rechte und entwickelten gemeinsame Forderungen. Die Forderungen schickten sie an alle Instanzen Russlands. Aber zum Schutz der Dorfbewohner wurde nichts unternommen. Im Gegenteil: Auf die Aktivisten wurde erheblicher Druck ausgeübt. Sie verloren ihre Arbeit; man drohte ihnen, dass ihre Kinder zu Waisen werden könnten oder, dass ihnen ein Gerichtsverfahren wegen angeblicher Rauschmittel angehängt würde. Außerdem wurden sie beschattet. Sogar Schoren wandten sich gegen die Aktivisten – ob freiwillig, bestochen oder erzwungen war nicht bei allen klar. Ihre Anschuldigungen: Die Aktivisten würden für die Feinde Russ-

lands, also vor allem für den Westen arbeiten und nicht im eigenen Sinne handeln. Die schorischen Aktivisten hatten erfahren, dass die Kohle aus ihrem Gebiet nach Europa verkauft wurde. Sie forderten Transparenz bezüglich der genauen Lieferung. Davon erhofften

Ort befand. Das Gericht berücksichtigte diese Beweismittel nicht.

Die Amur-Ewenken leben im Verwaltungsbezirk Amur im Südosten Russlands, das an China grenzt. Von allen kleinen indigenen Völkern gehören die Amur-Ewenken wohl zu denen

■ Die Schorin Yana Tannagasheva lebte im Dorf Kazas. Bis zum Schluss leistete sie Widerstand gegen das Kohleunternehmen und die russische Regierung. Doch als ihre Familie und sie in Lebensgefahr gerieten, musste sie ihre Heimat verlassen.



Foto: © Yana Tannagasheva

sie sich, dass westliche Firmen leitende Grundsätze der Vereinten Nationen (UN) bei der Abwicklung von Geschäften einhalten würden.

Der Fall Sergej Nikiforov

Sergej Nikiforov ist Anführer der Amur-Ewenken und Umweltaktivist. Er wurde 2015 nach einem manipulierten Gerichtsverfahren zu drei Jahren Strafkolonie unter strengen Haftbedingungen und einer Geldstrafe von 3 Millionen Rubel (rund 41.600 Euro; *Anm. d. Red.*) verurteilt: Er hätte von dem Goldbergbauunternehmen Petropavlovsk Geld erpresst. Dabei legten Nikiforovs Anwälte bei dem Verfahren Beweise vor, dass er sich zu der Zeit, die von dem Firmenvertreter für den Erpressungsversuch angegeben wurde, 500 Kilometer entfernt von dem ebenfalls von dem Firmenvertreter benannten

mit dem schwersten Schicksal: Jeder zweite Mann war nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion gerichtlich verurteilt – wegen Totschlag im Zusammenhang mit Trunkenheit, wegen Wilderei, wegen Schlägereien.

Ich habe mit ewenkischen Frauen gesprochen, die mit Bitterkeit und Schmerz erfüllt erzählten, was mit ihrem Volk geschieht. Viele der Frauen vertrauen sämtliche Wertgegenstände ihren Freundinnen an, wenn sie in der Stadt zu tun hätten – etwa wegen eines Besuchs im Krankenhaus oder eines Treffens. So stellen sie sicher, dass die Männer diese in ihrer Abwesenheit nicht versoffen.

In dieser Ausgangssituation erschien Sergej Nikiforov: Ein junger, gebildeter Mann, der nicht trank. Er begann nicht nur, die Leiden der Ewenken zu bekämpfen, er legte ihnen auch seine Ansichten dar und einen Plan zur

- Diese Ohrringe bestehen aus dem Mischkristall Nephrit, das beispielsweise von der Gemeinschaft „Dylatscha“ in der Republik Burjatien abgebaut wurde.

Entwicklung des Volkes. Er verstand es, die Leute zusammenzuschließen, in ihnen Vertrauen in ihre eigene Kraft zu verankern und sie an die eigene Würde glauben zu lassen. Auf Initiative von Nikiforov holten die Ewenken zum Beispiel sämtliche ewenkischen Kinder aus den Heimen des Amur-Gebiets und adoptierten sie. Nikiforov selbst adoptierte fünf Kinder.

Nikiforov vereinte die Menschen auch im Kampf gegen den Abbau von Gold in den traditionellen Gebieten der Ewenken. Die Machthaber des Amur-Gebiets und die Firma Petropavlovsk trieben den Goldabbau voran. Nikiforov ging so weit, einen Angriff auf den Allergrößten zu wagen: Er rief die Ewenken des Amur-Gebiets 2012 zum Boykott der Wahl Wladimir Putins zum Präsidenten auf. Diese Boykottklärung wurde wegen ihrer Unterstützung durch Ökologen und durch die Russische Demokratische Partei Jabloko im Land bekannt.

Die Mächtigen wollten nicht zulassen, dass auch nur eine kleine Bevölkerungsguppe Russlands die Wahl verweigerte. Sie versprachen, den Goldabbau zu überprüfen und wiesen die Firma an, während der Präsidentenwahlen die Arbeiten zu unterbrechen. Die Wahl fand statt und die Ewenken nahmen an ihr teil. Und doch wollten die Mächtigen diesen Fall nicht auf sich beruhen lassen. Zu groß war die Gefahr, dass auch andere ihre Rechte fordern könnten. So wurde Sergej Nikiforov das Strafverfahren angehängt.

Die Staatsanwaltschaft forderte für Nikiforov 12 Jahre Straflager unter erschwerten Bedingungen und eine Geldstrafe in Höhe von 16 Millionen Rubel (etwa 217.500 Euro; *Anm. d. Red.*) – für 180 Tausend Rubel (etwa 2.450 Euro; *Anm. d. Red.*), die Nikiforov angeblich von der Firma erpresst hätte. Mit ihrem Verhalten brechen die Machthaber nicht nur Sergej Nikiforov, sie töten damit auch sein Volk und dessen Hoffnung auf die Zukunft. Sergej Nikiforov wurde von Amnesty International als Gewis-

sensgefangener, also als ein gewaltloser politischer Gefangener, anerkannt. (Seit dem Jahr 2018 ist Sergej Nikiforov wieder frei. *Anm. d. Red.*)

Untergang der Gemeinschaft „Dylatscha“

Aus Sicht der ökonomischen und sozialen Entwicklung war die ewenkische Gemeinschaft „Dylatscha“ die erfolgreichste in der Republik Burjatien. Die Gemeinschaft war ein großer Produzent und Verkäufer des Mischkristalls Nephrit, hatte einen Milchverarbeitenden Betrieb, eine Ziegelfabrik, eine Rentierzucht- und Jagdwirtschaft und gehörte zu den größten Steuerzahlern der Region. „Dylatscha“ schuf ein Ewenken-Museum, finanzierte praktisch alle Projekte zur Entwicklung der ewenkischen Kultur und Kunst und half Ewenken in anderen Regionen.

Nach ihren Besitzständen schielten sowohl Banditen als auch die örtlichen Machthaber. Trotzdem gelang es den Leitern der Gemeinschaft immer wieder, sich anbahnende Konflikte zu lösen. Im Jahr 2012 weckte der Gang ihrer Geschäfte jedoch das Interesse von Sergej Wiktorowitsch Tschemesow.

Tschemesow ist Leiter der staatlichen Firma „Rostechologii“, heute besser bekannt als „Rostech“. Wichtiger aber ist: Er ist ein Vertrauter Putins.

Bald rückte eine Abteilung der Moskauer OMON in Dylatscha an. Die OMON (Mobile Einheit besonderer Bestimmung) ist eine Einheit der russischen Polizei, die direkt dem Innenministerium unterstellt ist. Gegen die Leiter der Gemeinschaft wurde ein Strafverfahren eröffnet. Der Vorwurf lautete: Die Gemeinschaft hätte die Grenzen ihres lizenzierten Territoriums überschritten und dem Staat Nephrit im Wert von 600 Millionen Rubel (rund 8,3 Millionen Euro; *Anm. d. Red.*) „gestohlen“, indem sie dieses unrechtmäßig abgebaut hätte. Auf Drängen der Gemeinschaft selbst und des Innenministeriums wurden drei unabhängige Expertisen durchgeführt, zwei auf Initiative Dylatschas, eine auf Initiative des Ministeriums. Alle drei Expertisen zeigten, dass die Gemeinschaft um keinen Zentimeter die Grenzen des Lizenzgebietes überschritten hatte. Zur selben Zeit fanden öffentliche Anhörungen im Fall „Dylatscha“ in der Gesellschaftlichen Kammer der Russischen Föderation statt. In der Republik Burjatien erschienen Artikel in Zeitungen wie



Foto: Kirsten/ Flickr © BY-ND 2.0

der Isvestija oder dem Kommersant. Die Republik Burjatien wurde von bekannten Führern indigener Völker aus Kanada und Bolivien besucht, die zu dieser Zeit Funktionen bei den UN innehatten. Es kam zu Anhörungen vor der UN-Kommission. Seitens der UN erfolgte eine offizielle Anfrage an die russische Regierung.

Angesichts dieses enormen Drucks wandten sich die Verantwortlichen von Rostechologii an Wladimir Putin. Auf einem Briefbogen von Rostechologii schrieb Tschemesow einen Brief über „Schmuggler“ aus der Gemeinschaft. Er beschrieb „schlimme Übergriffe“ der Ewenken. Als Reaktion unterschrieb Putin einen Brief an Generalstaatsanwalt Juri Tschaika, den Chef des Ermittlungskomitees Alexander Bastrykin und Innenminister Wladimir Kolokolzew mit der Aufgabe, „Klarheit zu schaffen und zu berichten“.

Für Klarheit wurde schnell gesorgt: Man befasste sich nicht länger mit dem „Strafverfahren“ (obwohl dieses bis heute nicht eingestellt ist), sondern beantragte durch den Staatsanwalt Burjatiens vor Gericht einfach die Aufhebung des Gemeindestatus Dylatschas. Statut und Tätigkeit der Gemeinschaft entsprächen nicht der russischen Gesetzgebung. Das war es. Das Gericht beendete die Existenz Dylatschas. Rostechologii übernahm die Unternehmen. Die Leiter von Dylatscha waren gezwungen, sich vor der russischen „Gerichtbarkeit“ zu verstecken.

Ich möchte erklären, warum ich so wenig gefällig über die russische „Gerichtbarkeit“ schreibe. Nicht (nur), weil man dort „ungesetzliche Entscheidungen“ trifft, wie bereits beschrieben, sondern wegen ihres Vorgehens. Zwei Beispiele, die sich während der Ereignisse um die Gemeinschaft „Dylatscha“ zugetragen haben:

1. Als der Staatsanwalt der Republik Burjatien sich, wie er es nannte, „im Guten einigen wollte“, lud er die Leiter der Gemeinschaft zu sich ein. Er schlug ihnen vor, die kommerziellen Unternehmen Dylatschas abzugeben. Die Leiter lehnten diesen Vorschlag ab. Noch am gleichen Tag kam es zu einem Zwischenfall:

Das Auto der Schwester von einem der Leiter wurde mit Benzin übergossen und angezündet, während die Frau mit ihrem Kind darin saß. Der Täter wurde augenblicklich von Passanten festgehalten und den rechtlichen Behörden übergeben. Am nächsten Morgen wurde dieser Mann bei dem Leiter vorstellig und sagte: „Ich habe nichts gegen dich persönlich. Aber man hat dir gestern ein Angebot gemacht. Ich bin nur die Warnung.“

2. Der zweite Fall ereignete sich, als die Leiter der Gemeinschaft Russland schon verlassen hatten. In einem asiatischen Land, wo einer der Leiter Halt gemacht hatte, deckte der dortige Geheimdienst ein Mordkomplott gegen ihn auf. Der Ausführende war ein bekannter Krimineller in seinem Land. Es stellte sich heraus, dass sein Auftraggeber ein Vertreter der russischen Sicherheitsorgane war.

Die Ewenken von Rossoschino

Am 25. Juni 2019 sickerten Informationen über schwere Rechtsverletzungen an den Ewenken von Rossoschino an die russische Presse durch. Auch Rossoschino liegt in der Republik Burjatien. Das Unternehmen Zabajkalskoe gornorudnoe predprijatie (ZGRP), das den Mischkristall Nephrit fördert und ein Tochterunternehmen des bereits erwähnten Unternehmens „Rostech“ ist, geht skrupellos gegen die Ewenken vor: Mitarbeiter beschimpfen sie als „Schlitzaugen“; bewaffnete und maskierte Männer des Unternehmens schüchtern Ewenken ein; Ewenken werden entführt, geschlagen und in isolierten Gebäuden für mehrere Tage eingesperrt; ihre Autos, Boote und Schlafsäcke werden ihnen unwiederbringlich genommen; Nahrungsmittel werden mit Erde vermischt, Winterhäuser angezündet und die Taiga in Brand gesetzt. Außerdem verletzt das Unternehmen ihre Rechte auf Jagd und Fischfang.

Informationen zufolge, die im Internet verbreitet wurden, führt jeder Versuch der lokalen Bewohner, das Territorium zu betreten, welches die Mitarbeiter

von ZGRP als das ihre betrachten, zu Scharmützeln. Die Verfolgung eines Ewenken endete mit einer Schussverletzung im Bein, der zweite Schuss streifte seine Schulter. Trotzdem gelang es dem Opfer wie durch ein Wunder, seinen Verfolgern zu entkommen.

Erst nachdem diese Nachrichten über schwerste Verletzungen der Rechte der indigenen Bevölkerung bekannt wurden, setzte die Republik Burjatien eine Regierungskommission ein, die sich mit den Indigenen traf. Bei diesem Treffen gestand der Leiter der ZGRP unter dem Druck der Fakten und der Androhung von ebenfalls bewaffneten Gegenmaßnahmen durch die Ewenken, die Vergehen seiner Mitarbeiter ein. Er entschuldigte sich und versprach, die Schuldigen zu bestrafen.

Die Handlungen des Unternehmens ZGRP, die Errichtung eines Privatgefängnisses zur Bestrafung der indigenen Bevölkerung und der Einsatz von Schusswaffen gegen Menschen, sind Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Diese kriminellen Handlungen verstoßen gegen die Gesetze der Russischen Föderation und die internationalen Normen für Menschenrechte. Trotzdem fürchte ich, dass diese Taten ohne Konsequenzen bleiben werden. In Kenntnis des derzeitigen Systems der russischen „Rechtsprechung“, der zahlreichen Verstöße gegen die Rechte der indigenen Völker seitens der Machthaber und der privaten Unternehmer, denke ich, dass die Machthaber Russlands alles tun werden, um ein mögliches Verfahren nur mit angezogener Handbremse in Gang zu setzen. Das Ganze wird als Missverständnis dargestellt werden. Vielleicht wird man auch erklären, dass seitens des Unternehmens kein Fehlverhalten vorliege. ■

[Autoreninfo]

Pavel Suljandziga ist Mitglied der UN-Arbeitsgruppe „Menschenrechte und transnationale Konzerne“. Außerdem ist er Vorstandsvorsitzender der Internationalen Stiftung „Batani“ für die Entwicklung der kleinen indigenen Völker des Nordens, Sibiriens und des Fernen Ostens.

[Info]

Aus dem Russischen übersetzt von Felix Eder.